

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Auf. Ad. Schles, Hoflieferant, Gr. Serber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: F. Haachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bosen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen, Joh. Hoff, Hasenheide u. Bogler, S. 1. Deube & Co., Journalisten. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Bosen.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 870

Montag, 12. Dezember.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 10. Dezember, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Militärvorlage.

Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Buhl u. Genossen betreffend die Qualität der deutschen Armeebewehrung.

**Kriegsminister v. Falkenborn-Stachau:** Wir stehen vor der Frage, wie die Heeres-Organisation weiter auszubauen ist. Ein Blick auf die Vorlage genügt, um zu sehen, daß in der Verteilung des Ersatzes geschaffen werden muß, was die Vorkausleistung für die Festlegung der Friedensstärke ist. Der Rahmen des bestehenden Heeres ist zu klein, es selbst entspricht nicht der Größe der Bevölkerungsziffer. Wir haben den Vorsprung verloren, den wir vor anderen Staaten gehabt haben. Eine Verlängerung der Dienstpflicht, um den Vorsprung einzuholen, erschien ausgeschlossen. Es blieb nur übrig, mehr Leute auszubilden und Neuorganisationen als Stämme für den Krieg zu schaffen. Die Heeresverwaltung ist geleitet von dem oben gekennzeichneten Zweck. Es liegt sich das dritte Dienstjahr nicht beibehalten. Die Ausbildung war ungleichmäßig geworden, deshalb wollten wir diese Gleichmäßigkeit herstellen. Es handelt sich aber nicht um einen Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit, sie soll dauernd werden. Deutschland muß in seiner Totalität zum Kampfe aufgebildet werden können. Da aber die Jugend im Kampfe vorangehen muß, ist für die rechtzeitige Heranziehung derselben gesorgt, so daß die Landwehr wieder ihrem ursprünglichen Zwecke gewidmet werden kann. Die Vermehrung der Kavallerie ist in den engsten Grenzen gehalten. Größere Ausgaben erfordert die Feldartillerie. Auch hier ist die zweijährige Dienstzeit in Aussicht genommen worden. In der Kommission wird der Nachweis geführt werden, daß durch die Neuorganisation das Gefüge der Armee nicht zerstört wird. (Beizehntes Bravo rechts.)

**Abg. Frhr. v. Suene (Centr.):** Der Kriegsminister sagt, bei keiner der früheren Vorlagen habe ein so günstiges Verhältnis zwischen den Kosten und dem Erfolge für die Armee bestanden wie bei dieser. Es giebt aber gewisse absolute Zahlen für die Kosten, welche doch immerhin auch bei dieser Vorlage so groß sein können, daß man vom wirtschaftlichen Standpunkte der Nation Bedenken tragen kann, so weit zu gehen. Wir im Reichstage haben nicht bloß wie der Kriegsminister militärische Aufgaben, sondern wir haben auch die Pflicht, die wirtschaftliche Lage ins Auge zu fassen. (Sehr wahr!) Was den Entwurf über die Ersatzverteilung anbelangt, so halte ich persönlich die Grundsätze desselben für zutreffend. Ich kann mich aber der Befürchtung nicht erwehren, daß damit das platte Land in noch stärkerer Weise herangezogen wird als bisher, da der Prozentsatz der wehrfähigen Leute auf dem Lande stärker ist als anderswo, und dadurch die Schwierigkeiten in Bezug auf die landlichen Verhältnisse noch mehr als bis jetzt hervortreten. Ueber die Militärvorlage haben sich meine Freunde nunmehr geeinigt. Als Ergebnis unserer Besprechungen kann ich erklären, daß meine politischen Freunde darin vollständig einig sind, daß die Vorlage, wie sie uns hier übergeben ist, ihrem vollen Umfange nach, unannehmbar ist, (hört, hört!) und daß wir in Konsequenz dieser Stellungnahme uns verpflichtet glauben, alles das zu bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke notwendig ist. Wenn ich nun von den Einzelheiten der Vorlage spreche, so glaube ich mich mit der Mehrheit meiner Freunde in Uebereinstimmung zu befinden, ich kann nicht sagen mit allen, weil die Einzelheiten noch nicht in den Fraktionenstimmungen zur Beratung gestanden haben. Die Windthorst'schen Resolutionen sind vor 2 Jahren wie eine Art Programm im Hause vorgeschlagen und angenommen worden. Der Reichskanzler betont den Unterschied des heutigen Planes gegen den vor zwei Jahren aufgestellten. Der frühere Plan kostete 177 Millionen, der jetzige bloß 64 bezw. 58 Millionen, der frühere forderte 110 Batterien, der jetzige nur 60, der frühere 76 Schwadronen der heutigen nur 12, damals wurde die dreijährige Dienstzeit befürwortet, heute die zweijährige. Das ist ja wohl ein Entgegenkommen, aber bedenken wir, die Präsenzstärke um 83 000 Mann erhöhen, heißt 83 000 Mann in dem militärisch ältesten Alter ihrem bürgerlichen Berufe mehr entziehen, als bis jetzt der Fall war, 83 000 hervorragende arbeitskräftige Arme ihrem Beruf entziehen und in die Armee einstellen. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler meinte, wir befänden uns in einer Lage gedrückter Verhältnisse. Er gab sich aber der sicheren Hoffnung hin, daß sie besser werden würden. Möge der Reichskanzler mit dieser Hoffnung Recht behalten! Die Begründung der Vorlage ist ein Muster der Knappheit, und enthält außer einer allgemeinen Skizze bloß Mitteilungen, bei denen der Blauschimmer immerfort Fragezeichen machen muß. Es wird also in der Kommission noch manches auszufüllen sein. Es wird uns die zweijährige Dienstzeit versprochen. Ich werde in der Kommission einen Antrag stellen, in § 2 der Vorlage es auszusprechen, daß für die Dauer der Bewilligung der in § 1 zu verabsprechenden Präsenz — die Zahl steht ja noch nicht fest — die zweijährige Dienstzeit gesetzlich garantiert wird. Es soll eine Vermehrung der Ersatzstärke der Bataillone erfolgen; diese Forderung kann man eher als jede andere zurückstellen, denn die Kraft der Bataillone würde dadurch nicht in Frage gestellt. Die vierten Bataillone haben eine Beunruhigung hervorgerufen, weil früher dieselben sich einmal zu Regimentern herausgewachsen haben: im Publikum meint man, es könne wieder so kommen. Man sollte daher nicht den Ausdruck „vierte Bataillone“ gebrauchen, sondern nur „Ersatz-Abteilungen“. Denn mit dem Namen „Bataillon“ wird ein geschichtsträchtiger Körper gemeint. Oder hat man diesen Ausdruck vielleicht gewählt, um den bekannten dreizehnten Hauptmann nicht bloß in die Stellung, sondern auch in das Gehalt eines Majors zu bringen? In der Kommission werden wir darüber Auskunft verlangen müssen. Was die Änderungen in der Kavallerie betrifft, so bin ich zweifelhaft, ob die Erfahrungen in Oesterreich animierend

wirken können, sie in Preußen nachzumachen. Dann werden ja auch die Artillerie bedacht, die Pioniere, der Train u. s. w. Die Armeeverwaltung hat eben die Gewohnheit, mit volllagepadtem Tornister auszurücken. In der Kommission müssen wir den Tornister auspacken und nachsehen, was darin überflüssig ist. Die zehnjährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke in allen Schichten der Bevölkerung. Ich persönlich bin nur dafür, wenn die Garantie für eine gründliche Ausbildung gegeben ist. Das vorgeschlagene Duinquennat beweist insofern ein Entgegenkommen, als künftig jeder Reichstag wenigstens einmal in die Lage kommt, die Vorlage zu prüfen. Wir haben aber den Wunsch ausgesprochen, alle Militärforderungen jährlich festzusetzen. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch heute noch. Von diesem Grundsatze sollen wir ohne zwingende Gründe nicht abgehen. Nun kommt hinzu, daß wir mit dem Septennat ganz eigenartige Erfahrungen gemacht haben. (Heiterkeit) Auch wir haben den Wunsch, uns mit den verbündeten Regierungen zu verständigen, und wir glauben, daß wir uns verständigen können und verständigen sollen. (Beifall im Zentrum.)

**Abg. Richter (Dfr.)** spricht seine Genugthuung und Freude darüber aus, daß die Erklärungen des Frhrn. v. Suene über den Standpunkt der Zentrumspartei sich in der Hauptsache dem Standpunkte der freisinnigen Partei näherte. Der Umstand, daß er seine Erklärung Namens seiner gesammelten Freunde abgegeben hat, eröffnet uns die Aussicht, daß die Mehrheit des Hauses auf einen Standpunkt gelangen wird, der sich demjenigen meiner politischen Freunde erheblich nähert, vielleicht sich vollständig mit demselben deckt. In Bezug auf Einzelheiten, in denen ich abweiche, kann ich von einem so weiten Entgegenkommen in der Richtung der Windthorst'schen Resolutionen in der Vorlage nichts erblicken. Frhr. v. Suene hat das zweite Gesetz, betreffend die Verteilung des Ersatzbedarfes, nur gestreift. Dieses Gesetz steht meines Erachtens nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Vorlage. Eine gerechtere Verteilung des Ersatzbedarfes ist unter allen Umständen richtig, mag man nun das Aushebungskontingent größer oder geringer formulieren. Was den Inhalt dieser Vorlage betrifft, so stehe ich — wir haben in der Partei noch nicht darüber verhandelt — dem Grundgedanken sympathisch gegenüber. Ich halte aber den Ausschluß der Einjährig-Freiwilligen bei der Berechnung des Ergänzungskontingents für ungerechtfertigt. Was nun den eigentlichen Kernpunkt meiner Ausführungen über die Militärvorlage betrifft, so hatte ich bereits bei der Etatsberatung Gelegenheit, mich über die allgemeinen, sowie über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu äußern. Daher kann ich mich heute umso mehr auf den Inhalt der Militärvorlage konzentrieren. Vorher jedoch möchte ich eine kleine persönliche Rechnung mit dem Reichskanzler begleichen. Er hat bei der Etatsberatung aus Anlaß meiner Bemerkung über die Zahl der Reiterbataillone die Aeußerung gemacht, man könnte ein gutes politisches WC-Buch schreiben und doch in militärischen Dingen unbewandert sein; Sache der Fachmänner wäre es, das zu bekämpfen. Um was handelt es sich? Ich habe den Nachweis verführt, daß seit 1870/71 auch ohne diese Vorlage eine erhebliche Verjüngung im Heere für den Kriegsfalle eingetreten sei. Ich habe ausgeführt, daß damals den drei Linienbataillonen unmittelbar in der Aufstellung die beiden Landwehrbataillone folgten, während jetzt dazwischen stehe ein viertes Bataillon und zwei Reiterbataillone, Formationen für den Kriegsfalle, die man damals noch nicht gekannt habe. Soweit konnte der Reichskanzler mich nicht berichtigen; denn diese Thatsache hatte er selbst angeführt. Nun hatte ich gesagt, daß die vier Bataillone und die zwei Reiterbataillone gemischt seien aus Rekruten und Landwehrmännern. Der Reichskanzler erwiderte, das fände nur bei der Garde statt, während sonst jedes Bataillon gemischt sei aus Rekruten und Landwehrmännern, sondern das vierte nur aus Rekruten bestände und die beiden Reiterbataillone nur aus Landwehr. Diese Berichtigung hatte für das, worauf es in dieser Diskussion ankam, nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung. Der Reichskanzler sagte, da wir nun gegenwärtig 43 Felddivisionen der Linie gegen 30 im Jahre 1870 haben, und da jede dieser 43 Divisionen durch Hinzufügung der vierten Bataillone um ein Drittel stärker ist, als die Felddivisionen, so folgt daraus, daß das vierte Bataillon im künftigen Kriege den drei Linienbataillonen und den Regimentern sich anschließt. Daraus folgt, daß künftig die Felddivision der Linie 16 statt 1870 12 Bataillone führen wird. Da unsere jetzigen 43 gleichwertig sind 57 Divisionen von der Stärke 1870/71, da also in dieser Beziehung 57 Divisionen 30 Divisionen damals gegenüberstehen, und da es also ohne in Anspruchnahme der Landwehr möglich ist, mit einer nahezu doppelten Stärke die Infanterie in den Felddivisionen vorzubringen — daraus folgt, daß schon ohne die Vorlage die Landwehr erheblich im Verhältnis von 70/71 zurückgestellt ist, und darauf kam es an. Der Abg. v. Frege hat im Anschluß an diese Diskussion gegen mich den Vorwurf erhoben, ich hätte in der Öffentlichkeit Gebrauch gemacht von thätlichen Mitteilungen, die mir unter Verpflichtung der Diskretion mitgeteilt seien. Ich habe diesen Vorwurf in der Rede des Herrn von Frege bei der sprudelnden Art seiner Beredsamkeit (Heiterkeit) überhört, ich habe ihn erst später im stenographischen Bericht wahrgenommen und weise denselben mit Entschiedenheit zurück als durchaus unberechtigt. Es ist uns niemals etwas unter Diskretion mitgeteilt worden über diese vierten Bataillone und über die Bataillone der Reserve-Divisionen. Was von mir angeführt worden ist, hatte der Reichskanzler selbst bei der ersten Rede hier angeführt. Meine Angaben waren nur eine Wiederholung dessen, was der Reichskanzler vorher gesagt hatte. (Sehr richtig! links.) Was die Frage im Allgemeinen betrifft, so weiß ich mich in Anbetracht des Umstandes, daß ich in militärischen Dingen laie bin, zu befriedigen. Was bringe ich in diesen Fragen meinerseits Besonderes vor? Ich gebe mich einfach gegenüber den thätlichen Mitteilungen der Regierung nicht gefangen; ich verlese es, solche thätliche Mitteilungen zu vergleichen mit den thätlichen Mitteilungen, welche dieselbe Regierung bei früheren Vorlagen oder bei anderer Gelegenheit gemacht hat. Es kann ja sein, daß mir bei diesem Vergleich ab und zu ein Irrthum passiert. Ich habe aber im Verlauf der 21 Jahre, wo ich mich mit diesen Fragen

beschäftigte, auch sehr oft gefunden, daß mir der Beweis gelungen ist, daß die thätlichen Mitteilungen der Regierung einseitig, nicht vollständig, künstlich gruppiert waren, daß sie deshalb einer Korrektur bedurften. Worauf kommt es hier überhaupt an? Daß mehr Soldaten besser sind, als weniger Soldaten, und daß mehr Bataillone sicherer sind, als weniger Bataillone, das glauben wir unter allen Umständen. Worauf es hier überhaupt an? Daß mehr an Soldaten sich vertritt mit den bürgerlichen und wirtschaftlichen Rücksichten gegenüber dem Lande. Der Reichskanzler hat aber mit seiner Berufung auf militärische Autoritäten uns gegenüber nicht glücklich gehandelt. Es ist öffentliches Geheimnis, daß ein großer Theil gerade der militärischen Autoritäten diese Vorlage nicht anerkennt als eine große Verstärkung vom militärischen Standpunkt und daß hier große Meinungsverschiedenheiten gerade unter Fachmännern vorhanden sind, nicht bloß in Bezug auf die Frage der Dienstzeit, sondern auch in Bezug auf die Frage des Wertes der neuen Formation, besonders der vierten Bataillone und auch in Bezug auf das Ausbildungspersonal. Der Reichskanzler ist ja eine große militärische Autorität für uns; aber ist denn der Reichskanzler auch Fachmann in allen übrigen Dingen, in denen sein großes Ressort die Abgabe von Urtheilen und Meinungen von ihm verlangt? Ich behaupte, daß er in zwei Dritteln dieses Ressorts, als er vor zwei Jahren sein Amt antrat, nicht mehr Fachmann war, als wir von militärischen Dingen verstehen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler ist so hoch gebildet, daß er sicher nicht auf dem Standpunkt steht, daß es genügt, wenn man preussischer General ist, daß man deshalb dann von vornherein ein sachgemäßes Urtheil über die Fragen des Staates hat. Wenn er auf diesem Standpunkt nicht steht, dann muß er auch zugeben, daß wir als Laien uns entgegenmaßen im Laufe der Zeit in ein Verständnis militärischer Dinge hineinführen können. Wollte man daran zweifeln, dann wäre es überhaupt falsch, Militärvorlagen vor den Reichstag zu bringen (Zustimmung); dann wäre es das Richtige, wenn die Militärs selbständig und allein darüber entschieden und dann allein auch die Verantwortung für die daraus folgenden Steuerlasten übernehmen. (Sehr gut!) Dann war es auch nicht sehr geschickt, nach dem Inhalte dieser Vorlage gerade die Fachmänner auszuspielen gegenüber dem Laienstande; denn dann ist die Erkenntnis, daß die zweijährige Dienstzeit jetzt militärisch zulässig ist, ein Triumph des Laienstandes über die militärischen Autoritäten. (Beifall links.) Es ist ja noch nicht so lange her, da mußten wir von dem General v. Falkenborn hören, man solle doch zufrieden sein, wenn den Leuten Gelegenheit gegeben werde, noch ein drittes Jahr sich der Misere des bürgerlichen Lebens (Heiterkeit) zu erziehen und in den Ferienkolonien der Kasernen ihr Dasein zuzubringen, so viel Fleisch zu essen, daß sie masten, so viel Kommissbrot zu essen, daß sie plagen (Heiterkeit links), und heute führt der Reichskanzler so bereit aus, welchen Werth es hat, wenn der Mann schon nach zwei Jahren zu der Misere des bürgerlichen Lebens zurückkehren und nicht ein drittes Jahr in der Ferienkolonie der Kasernen zubleibe. Der Reichskanzler hat aber geglaubt, die freisinnige Partei und die Fortschrittspartei in der früheren Zeit angreifen zu können. Der Reichskanzler mußte doch wissen, daß eine große Anzahl der negativen Voten, die er uns zum Vorwurf machte, in der früheren Zeit bedingt war durch unsere Stellung zur zweijährigen Dienstzeit. Der Reichskanzler ist sogar zurückgegangen auf die Haltung der Fortschrittspartei von 1866. Im parlamentarischen Rayon sind aus dieser Zeit von der Fortschrittspartei nur noch zwei Mitglieder da. Ich übernehme es aber, die Fortschrittspartei gegen den Reichskanzler in jeder Beziehung zu vertreten, trotzdem ich damals noch nicht Abgeordneter war. Die Haltung der Fortschrittspartei von damals war in jeder Beziehung richtig. Der Kriegsminister hat in der Begründung zur Militärvorlage den Kriegsminister v. Moon angeführt, der 1862 die zweijährige Dienstzeit gegen Kompensationen für zulässig erklärte. Er hätte noch einen Schritt weiter gehen sollen und wir wüßten, daß angesichts dieser Erklärung des Ministers das Abgeordnetenhaus seine Sitzung sofort vertagte, weil es in der Erklärung eine Brücke erblickte, auf der man zur Verständigung gelangen konnte, und ebenso hat es die Regierung aufgefaßt. Der Ausgleich ist damals nur geschleiert an dem entschiedenen Widerstreben des Monarchen selbst. (Hört, hört, rechts.) Thatsächlich ist auch erwiesen, daß die Truppen, die damals zum Siege geführt wurden, nur wenig über zwei Jahre durchschnittlich gedient haben. Der Reichskanzler hat auch zwei Zitate von fortschrittlichen Abgeordneten vorgebracht, die an sich richtig sind; aber er hat sie nur in einem Zusammenhange vorgetragen, welcher ihnen eine ganz andere Bedeutung gab. Die Herren haben damals nichts Anderes gesagt, als: Wenn ein Krieg ausbricht, haben wir nicht danach zu fragen, ob die Politik, die zum Kriege geführt hat, richtig gewesen ist, dann haben wir nicht mehr zu streiten über die beste Organisation im Frieden, sondern dann sind wir bereit, alles für die weitere Kriegführung bis zu einem glücklichen Erfolge zu bewilligen, was notwendig ist. Diese Sätze haben absolut nichts anderes enthalten, als diejenigen der Centralleitung der Fortschrittspartei vom 20. Juni 1866: Daß, nachdem nun einmal der Krieg entstanden sei, man nicht rückwärts fragen solle nach der Charakteristik der Politik und der Streitigkeit der Heeresverfassung, und daß der Krieg geführt werden müsse in der Richtung, daß daraus die deutsche Einheit entspre. Es kann ja bei dem militärischen Vorleben des Reichskanzlers Niemand von ihm verlangen, daß er über diese parlamentarischen Vorgänge so genau informiert ist, wie wir. Ich finde es auch richtig, daß ein Mann in jener Stellung sich vielerlei zu verheißigen hat, sich von Hilfsarbeitern das thätliche Material zusammentragen läßt, aber ich möchte doch bitten, hieraus zu entnehmen, seinen Hilfsarbeitern zu empfehlen, künftig in der Zusammensetzung dieser Notizen weniger tendenziös zu verfahren, und dadurch dem Reichskanzler selber nicht Blößen zu geben in seinen Zitaten, die auch uns unerwünscht sein müssen. (Bravo links.) Nun hat der Reichskanzler geglaubt, daß wir nach unseren früheren Bestrebungen diese Vorlage annehmen müßten, und auf der anderen Seite daß er uns dieselben Bestrebungen zum Vorwurf gemacht. Aber auch die Konservativen sollten in Konsequenz ihrer früheren militärpolitischen Haltung dieser Vorlage geneigt sein. Wir woll-

ten stets die zweijährige Dienstzeit, die rechte Seite die dreijährige. In Uebereinstimmung sind wir aber darin mit jener Seite, daß wir eine volle Ausbildung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie hier vorgebracht ist, niemals gewollt haben. Wie lautet denn das Programm der Fortschrittspartei von 1878? Ich habe den betreffenden Passus selbst redigiert: „Die Entwicklung der vollen Wehrkraft des Volkes unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen.“ Ja, Entwicklung der vollen Wehrkraft ist dies, aber nicht unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, sondern unter Preisgebung derselben. (Sehr gut, links.) — Weiter heißt es in jenem Programm: „Daher Verminderung und gleichmäßige Verteilung der Militärlast.“ — Gleichmäßige Verteilung ist dies allerdings, aber nicht Verminderung sondern eine bedeutende Verstärkung der Militärlast. Und weiter heißt es in dem Programm: „durch Verkürzung der Militärdienstzeit volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.“ Hier handelt es sich um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Damals sprachen wir nicht von zweijähriger Dienstzeit, weil wir der Meinung waren, daß man unter gewissen Verhältnissen und für gewisse Zwecke auch mit einer kürzeren Dienstzeit zur allgemeinen Wehrpflicht gelangen könne. Das hat auch sofort 1880 die Thatsache bestätigt, daß man für die Ausbildung der Ersatzreserve eine im Ganzen fünfmonatliche Dienstzeit für ausreichend erachtete. Das Zutritt der Einjährig-Freiwilligen kann auch eine Ausdehnung erlangen auf solche Kategorien, die nicht gerade zwei fremde Sprachen gelernt haben und bis zur Reife der Sekunda gelangt sind. Vor kurzem erschien eine Broschüre des Generala Wille, der die Ansicht ausspricht, daß die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Artillerie nicht mehr gerechtfertigt sei, als bei der Infanterie. Ein Ausspruch des verstorbenen Königs als Prinz von Preußen ist vom Jhrn. v. Huene heute angezogen worden. Es heißt darin, daß man den Ausspruch von der Ausbildung aller Wehrfähigen höre, aber die Konsequenzen habe Niemand, welche enorm und dem Lande geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen würden, wenn alle Wehrfähigen eingestellt würden. Dieser Ausdruck „unerschwingliche Kosten“ ist in die erste Windthorst'sche Resolution übernommen. In dem Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes war ein Artikel vorgesehen von einem Prozent der Bevölkerung auf Grund der Volkszählung von 1867; von zehn zu zehn Jahren sollte man neue Bestimmungen treffen können unter Berücksichtigung der staatlichen Volksvermehrung. Dieses eine Prozent ist bis jetzt die Grundlage für alle Festsetzungen über die Friedenspräsenzstärke gewesen. Bis 1880 war für das eine Prozent die Volkszählung von 1867 maßgebend, und erst 1887 wurde die Volkszählung von 1885 zu Grunde gelegt. Jetzt wird ein anderes Prinzip geltend gemacht: man beabsichtigt eine Verstärkung der Ausbildung, welche erheblich über die französische Ausbildung hinausreicht, obgleich man weiß, daß Frankreich in dieser letzten Ausbildungsziffer die Grenzen seiner Wehrkraft erreicht hat. Die Zahl der vorgeschlagenen Batterien und der Infanteriebataillone reicht weit über die Zahl der französischen hinaus. Ja, zum ersten Male macht man den Versuch einer Gleichstellung mit Rußland, trotzdem dieses die doppelte Bevölkerung hat wie Deutschland. Der Reichskanzler sagt auch, er habe dieselbe Ueberzeugung wie Verdy über die Notwendigkeit und Unausführbarkeit der Ausbildung aller Wehrfähigen, und er habe nur durch den Verlauf der Session die Ansicht erhalten, daß das nicht durchzuführen sei mit diesem Reichstage. Es ist ein Militär-Idealismus, der sich hier Geltung verschafft zu Lande, wie er schon 1888 zu Wasser verlautbart wurde; denn die jetzigen Anschauungen über die Verstärkung der Heeresmacht erinnern an das, was Admiral Hollmann uns vor kurzem über die notwendige Verstärkung der Flotte gesagt hat. Der letzte Grund für den Umsturz der Anschauungen wird vielleicht erst später als Memotren hervorgehen (sehr gut!). Vollständig unerklärlich ist mir die Sache bis jetzt. Der Reichskanzler sagt, jetzt sei ein Zustand vorhanden, welcher bewirke, daß gegen 100 000 Leute jährlich zu Hause bleiben. Wenn nun diese 60 000 Mann Rekruten ins Heer eingestellt sein werden, so wird der Reichskanzler auch noch sagen können, 40 000 Mann bleiben auch jetzt zu Hause ganz unbeschäftigt. Das ist ein unerträglicher Zustand. Wenn man alsdann auch diese 40 000 Mann noch einstellt, dann käme man bei zweijähriger Dienstzeit zu einer weiteren Verstärkung des Heeres von 80 000 Mann. Der Kriegsminister betonte, wie sprach man in der Forderung neuer Kommandostellen jetzt sei; ich kann das anerkennen, aber es tröstet mich nicht. (Seitert.) Diese Ausführungen haben wir schon früher gehört. Und, nachdem 1887 neue Rekruten bewilligt waren, zog man sie 1889 auch zu neuen Armeekorps mit neuen Stäben zusammen. Nun die Frage des Ausbildungspersonals. Wir wäre es ja recht, wenn der Reichskanzler sich mit einem geringeren Ausbildungspersonal begnüge. Aber was mich bedenklich macht, ist, daß, wenn wir einmal das Personal bewilligt haben, man gerade bei demselben im Rahmen der jetzigen Vorlage zu höheren Forderungen kommen muß. Jetzt hat der Reichskanzler keine Veranlassung, noch mehr neue Offiziere und Unteroffiziere anzugehen, sie würden ja doch nur auf dem Papier stehen. Was soll aber auch künftig mit dem vermehrten Ausbildungspersonal in der Zivilverwaltung werden? Was mit den verabschiedeten, im Avancement übergangenen Offizieren? Wird der Pensionsfonds reichen? Wie sieht es ferner mit der Rekrutierung der neuen Truppen? Sie wird 200 Millionen kosten und wo will man das Geld dafür hernehmen? Die Freunde einer Rekrutenmutter, die ihren Sohn jetzt 10 Monate früher wiedererhält, mag groß sein. Ob sich aber eine solche Mutter freuen wird, wenn ihr bisher dienstfreier Sohn dienen muß, erscheint doch recht fraglich. (Zustimmung.) Einer persönlichen Entlastung von 525 000 Monaten für die Wehrfähigen, stellt eine Mehrbelastung von 1 575 000 Monaten für bisher dienstfreie gegenüber. In Folge davon wird ein Mangel an Arbeitskräften eintreten und der ländliche Arbeiter wird das städtische Leben lieb gewinnen und dort seine Arbeit suchen. Man soll sich auch nicht von der Wirkung der Verjüngung zu viel versprechen. Von den 60 000 Rekruten kommen nur 42 000 in Betracht, da 18 000 davon als Ersatzreserve abgehen. Wenn aber die Rekruten auch weitergehen mit der Verstärkung ihrer Formation, müssen wir ihnen dann weiter nachfolgen? Wir sind einverstanden mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der Friedenspräsenzstärke. Hier handelt es sich aber nur um ein Internat; das geht klar hervor aus der Rede des Herrn v. Kardorff, der die zweijährige Dienstzeit als ein Experiment bezeichnet. Der Herr Kriegsminister hat dem zwar widersprochen, aber er kann nicht dafür gut sagen, daß irgend einer seiner Nachfolger sich zur Ansicht des Herrn v. Kardorff bekennt. Was die Reformation betrifft, namentlich die neuen Bataillone, so stehe ich auf dem Standpunkt des Freiherrn v. Huene. Wir halten ferner an der einjährigen Bewilligung fest. Die Frage der Durchschnittsstärke ist eine technische. Sie läuft im Grunde darauf hinaus, daß 20 000 Mann jährlich mehr verlangt werden. Diese wollen wir nicht bewilligen, wohl aber die Kosten zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der Friedenspräsenzstärke. (Vehementer Beifall links.)

Reichskanzler Graf von Caprivi: Ich habe nicht das Bedürfnis, dem Herrn Vorredner persönlich zu antworten, da sein Ton heute mehr freisinnig als fortschrittlich war. Ich erkenne an, daß der Abg. Richter Militärlast mit großem Fleiß studirt und daß er es als Militärlastfresser weit gebracht hat, doch ist er mit dem innersten Wesen einer Truppe nicht vertraut. Er hat uns auf die uns widersprechenden Fachmänner hingewiesen, aber nur wenige Offiziere sind in der Lage, die Dinge in ihrer Gesamtheit zu

übersehen. Wenn ich nun selber aus der Armee hervorgegangen bin, kann man mir nicht verübeln, wenn ich etwas von diesen Dingen zu verstehen glaube, und ich werde die ganze Last der Verantwortlichkeit für die Vorlage auf mich nehmen. Herr Richter hat die zweijährige Dienstzeit als einen Triumph des Laienstandes hingestellt. Es ist sehr leicht, diese Forderung, aber das Verdienst, sie durchzuführen, muß ich den Fachmännern vindizieren. Bei einer Mobilmachung würden jetzt zunächst über eine Million hinter dem Ofen sitzen bleiben. Diese wollen wir nutzbar machen. Wir wollen nun innerhalb zwölf Jahren so weit kommen, daß wir 450 000 junge Leute mehr vor den Feind bringen und 450 000 alte Leute zu Hause lassen können. Die Rekrutenmutter wird, wenn sie reklamiert, nicht schlechter stehen, als früher.

Abg. Fehr. v. Mantuffel (kons.): Meine Partei hat die schwersten wirtschaftlichen Bedenken gegen die Vorlage und muß sich ihre Stellungnahme vorbehalten, bis ihr der Beweis der Dringlichkeit erbracht ist. Ein weiteres Bedenken bildet für uns das Aufgeben der dreijährigen Dienstzeit. Ohne sie hätten wir die Siege von 1836 und 1870 nicht errungen. Wir müssen Garantien dafür erhalten, daß die Qualität der Truppe künftighin nicht verschlechtert wird. Unsere Bedenken werden wir fallen lassen, wenn uns die Notwendigkeit der Änderungen nachgewiesen wird. Was die Deckung der Mehrkosten betrifft, so wird unter der Brausteuer die Landwirtschaft leiden, da die großen Aktiengesellschaften den Preis der Getreide und des Hopfens drücken. Noch mehr aber wird die Branntweinsteuer das durch vermehrte Rekruten-Aushebung betroffene platt Land belasten. Man sollte lieber davon gänzlich absehen. Wir werden demnach die Regierung über die Frage des Arbeitermangels auf dem Lande und die Maßregeln dagegen, sowie über die Abänderung des Unterstützungswohnstätten-Gesetzes interpellieren und nur bewilligen, was notwendig und wirksam ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Komierowski (Pole) führt aus, für seine Partei sei die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt unannehmbar. Die wirtschaftliche Lage des platten Landes verleihe keine Neubelastung, namentlich sei die polnische Bevölkerung durch die An siedelungs-Kommission bedrängt. In der Kommission werde die Partei der Polen nach dem Wahlrecht: *Suum cuique*! verfahren, in der Voraussetzung, daß derselbe auch gegen sie zur Anwendung kommen werde.

Abg. Richter (frei.) bemerkt, der Reichskanzler habe zwischen einem freisinnigen und einem fortschrittlichen Tone des Redners unterschieden. Redner sei sich bewußt, stets so geredet zu haben, wie es die Sache erheischt. Wenn der Reichskanzler nun mehr geneigt sei, der freisinnigen Rede zu folgen, so sei Redner von seinem fortschrittlichen Standpunkt aus damit zufrieden. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird die Debatte vertagt; nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Interpellation Buhl betr. die Brauchbarkeit der Infanteriewaffe; Interpellation Wirbach, betr. Doppelwährung; Militärvorlage.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 11. Dez. [Die Militärvorlage im Reichstage.] An die gestrige Reichstagsverhandlung über die Militärvorlage werden in einigen Blättern Schlüsse geknüpft, die uns bisher nicht genügend begründet erscheinen. Aus der Rede des Abg. von Huene und aus den Erklärungen des Reichskanzlers wird geschlossen, daß die Militärvorlage eigentlich schon gefallen sei. Diesen Folgerungen begegnen wir aber nur in einem Theile der Presse, und im Reichstage selber wird in allen Parteien zurückhaltender geurtheilt. Es ist wahr, wenn die gestrigen Reden des Zentrums-Abgeordneten und des Grafen Caprivi das letzte Wort der Situation darstellten, dann wäre der Gegensatz unüberbrückbar und nur noch die Auflösung oder der Rücktritt des Reichskanzlers stände in Frage. Zwischen dem Angebot des Herrn von Huene, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der heutigen Präsenzstärke und ohne deren Erhöhung zu bewilligen, und der stark betonten Entgegnung des Reichskanzlers, daß die Erhöhung der Präsenzstärke die Bedingung für die Gewährung der zweijährigen Dienstzeit sei, zwischen diesen krassen Gegensätzen giebt es allerdings im Augenblick keine Vermittelung. Aber der Zentrumsredner hat nicht gesagt, daß seine Ausführungen das unbedingt äußerste Angebot seiner Partei darstellen; er hat auf die Verständigung in der Kommission verwiesen, und Graf Caprivi wird, so glaubt nicht bloß das Zentrum allein, noch mit sich handeln lassen. Es giebt einen Punkt in der Huene'schen Rede, der sofort im Reichstage stark auffiel; es war das eine Schwächlichkeit, die aber auf uns und andere Beobachter den Eindruck geschickter Absichtlichkeit gemacht hat. Herr v. Huene hat nämlich die gesetzliche Fixirung der zweijährigen Dienstzeit nur für die Zeitdauer der Geltung des im § 1 der Vorlage bestimmten erhöhten Präsenzstandes verlangt. Da er im Namen der ganzen Partei sprach, so hat man es mit mehr als einer hingeworfenen persönlichen Bemerkung zu thun. Was soll denn das nun heißen? Beinahe der ganze Reichstag ist einig darüber, daß die zweijährige Dienstzeit unbedingt gesetzlich garantirt werden muß, nicht bloß für jetzt, sondern für die Dauer, und ebenso einig ist alle Welt darüber, daß die Regierung am Ende auf diese Forderung auch eingehen wird. Die unnötige Schüchternheit der Huene'schen Angebote kann also nur bedeuten, daß sich das Zentrum für die ferneren Verhandlungen hinter den Kulissen weitere Trümpfe sichern will. Das Zentrum weiß, daß es auf dem Boden der gestrigen Huene'schen Vorschläge keine Verständigung geben wird, und daß der Reichskanzler höhere Forderungen stellen wird. Für diesen Fall will sich die Partei einen neuen Kompromißboden schaffen, derart, daß bei etwaigem Entgegenkommen gegen Regierungsforderungen, die hinter der Vorlage selbstverständlich zurückbleiben müßten, die verstärkte Konzession der unbedingten und dauernden Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit verlangt werden würde. Es wird in den nächsten Wochen stark hinter den Kulissen des Reichstags diplomatisch werden. Der Schlüssel zur Lage steckt hauptsächlich in der Frage, ob das Zentrum, zum Theil auch die Konservativen, die Stellung des Grafen Caprivi für gesichert genug halten oder den Wunsch haben, sie durch eigenes Zutun hinreichend zu sichern, um je nach dem Ergebnis ihrer Wahrnehmungen oder Wünsche ihre Stellung zur Militärvorlage zu bestimmen.

In der Hand des Zentrums und nicht in der des Reichskanzlers liegt die Entscheidung. Der Reichskanzler würde wahrscheinlich sehr weit entgegenkommen, obgleich nicht ganz bis zu der vom Abg. v. Huene und, übereinstimmend, vom Abg. Richter ange deuteten Grenze. Am Zentrum sodann wird es liegen, ob über das gestrige Angebot hinaus noch ein kleiner Zuschlag gemacht wird, der die Stellung der Partei zu ihren Wählern nur oberhin berühren würde. Verweigert das Zentrum ein Mehr, dann wird es das nicht aus heroischer Prinzipienfestigkeit thun, sondern weil mit dem heutigen System radikal aufgeräumt werden soll. Das meiste Andere, so wichtig es im Einzelnen ist, erscheint neben dieser Kernfrage der militärisch-parteilichsten Probleme als Beiwerk.

— Die vom Bundesrathe angenommene und dem Reichstage demnächst zugehende Wucherergesetznovelle sieht davon ab, den Wucher nur auf einzelnen Gebieten zu verfolgen und will alle Rechtsgechäfte, bei welchen die Nothlage gewohnheits- oder gewerbsmäßig ausgebeutet wird, unter den Wucherbegriff stellen.

— Der Newyorker Berichterstatter der „Hamb. Nachr.“ verzeichnet das ihm von gut unterrichteter Seite zugehende Gerücht, daß Karl Schurz von dem zukünftigen Präsidenten Cleveland zum Gesandten der Union für Berlin auszuweisen sei.

— Wie nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ verlautet, steht die Neubesezung der seit der Ernennung des jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Koch erledigten Stelle des Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums binnen Kurzem bevor.

— Der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat nunmehr in der letzten geheimen Sitzung der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Bürgermeisters gemäß seinen früheren Beschlüssen als Bürgermeister den Rechtsanwalt Fischer in Breslau in Vorschlag gebracht. Die Versammlung beschloß, die betreffende Wahl in der nächsten öffentlichen Sitzung vorzunehmen.

— In einer am Sonnabend abgehaltenen antimilitarischen Versammlung in Berlin wurde Alwardt und sein Vertheidiger Hertwig gefeiert durch den Redakteur Bachler von der „Staatsbürgerzeitung“ und den Oberlehrer Dr. Förster. Der erstere hofft, Alwardt werde bald noch recht viele Nachfolger haben. Bei der Verlesung des Urtheils gegen Alwardt wurde „Put!“ gerufen. Dr. Förster verbat sich dieses „Put!“; die Obrigkeit müßte respektirt werden. Die deutschsoziale Partei sei eine Ordnungspartei.

Breslau, 10. Dez. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurtheilt heute die Strafkammer den Redakteur der sozialdemokratischen „Schlesischen Volkswacht“, Friedrich, wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde in einem Artikel über den Distanzritt Berlin-Wien gefunden.

Neisse, 10. Dez. Lieutenant Morgen, der Vetter des unglücklichen Gesechtsschwimmers, ist zu 6 Wochen Festung verurtheilt worden.

München, 11. Dez. Bei der Reichstags-Ersatzwahl Kaufbeuren-Mindelheim werden bis jetzt aus 131 Wahlbezirken gewählt: für Bittel (Zentr.) 7101 Stimmen, Sigl (Zentr.) 2657, Wagner (nat.-lib.) 2631 und für Bitt (Soziald.) 803 Stimmen.

## Parlamentarische Nachrichten.

— Der Senatorenkonvent des Reichstages hat den Beginn der Weihnachtsferien auf den 16. Dezember festgesetzt, bis wohin die ersten Beratungen der Militärvorlage und der Steuer-vorlage erledigt sein werden.

— Im Reichstage brachte Jordan (freisinnig) den Antrag ein, die Regierungen mögen eine Statistik über den Umfang und den Werth des in „gebundener“ und „tochter Hand“ befindlichen Großgrundbesitzes, sowie über dessen Zunahme seit der Errichtung des deutschen Reiches und über die Abnahme des freien, besonders bäuerlichen Grundbesitzes in demselben Zeitraum ausarbeiten lassen und dem Reichstage mittheilen.

— Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat an den Reichstag eine Petition gegen die beabsichtigte Verdoppelung der Brausteuer im Gebiete der Brauereigemeinschaft eingereicht.

— Die Freie Vereinigung von Interessenten der Spiritus-, Branntwein- und Brehbefe-industrie, Abtheilung für Kornbranntwein und Brehbefe, hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die Branntweinsteuer-novelle dahin zu ändern, daß das Kontingent vollkommen besetzt werde und an Stelle des jetzigen zweifachen Verbrauchsabgabensatzes von 50 und 70 Mark ein einheitlicher Verbrauchsabgabensatz von 60 Mark trete.

## Vermischtes.

+ Aus der Reichshauptstadt, 11. Dez. Das feierliche Leichenbegängniß von Werner v. Siemens fand unter überaus großer Theilnahme statt. Im Auftrage des Kaisers wohnte der Reichskanzler Graf Caprivi der Feier bei. Ferner waren die Minister v. Bötticher, v. Bodelsch, v. Schelling, Vertreter der Reichsbehörden und der höchsten preussischen Behörden, der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste und der Universität, der technischen Hochschule, die Spitzen der Behörden Berlins und Charlottenburgs anwesend. Archibakonius Scholz hielt die Trauerrede. Vor dem Trauerhause hatten sich 4000 Arbeiter mit umflorten Bannern sowie Deputationen der Filialen und nahestehenden Firmen mit Musikkorps der Garde-Artillerie, der Garde-Dräger und der Bergarbeiterabtheilung aufgestellt, welche sich dem Zuge nach dem Friedhofe anschlossen, wo die Beisetzung erfolgte.

Die Jagd nach dem Glück und die Sucht, die Vergnügungen der Großstadt zu genießen, haben schon manchen ins Unglück gestürzt, der in seiner Heimath ein behagliches Leben hätte führen können. So mußte vor wenigen Tagen der am Arban wohnende Ziegeleibesitzer C., welcher erst vor einigen Monaten aus einer kleinen Stadt in der Provinz Posen mit beträchtlichem Vermögen hierher gekommen war, um an Stelle der zu Hause betriebenen Ziegelei hier eine solche in viel größerem Maßstabe zu übernehmen, wegen geistiger Umnachtung in die Provinzial-Irrenanstalt nach Obernied bei Breslau überführt werden. Da C. dem bedeutenden industriellen Unternehmen finanziell nicht gewachsen war, gerieth er in immer größere Geschäftsverluste, und diese verheerliche Spekulation nahm sich der erst am Ausgang der dreißiger Jahre stehende Mann, der in seinem Heimathsort wo er wegen seiner unbegrenzten Wohlthätigkeit allgemein beliebt war, das Bild frohender Gesundheit dargeboten hatte, so zu Herzen, daß er körperlich dem Siechtum verfiel und nun als unheilbar geisteskrank der allmählichen Auflösung entgegengeht.



... Santos per Dezbr. 77 1/2, per März 75 1/2, per Mai 74, per Sept. 73 1/2. Behauptet.

Samburg, 10. Dez. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-... Hamburg per Dezbr. 14,00, per Januar 14,05.

Samburg, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen lofo rubig, ... 22 1/2, per März-Juni 22 1/2, per Mai-Juni 22 1/2.

Paris, 10. Dez. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen behaupt., ... 48,10, per Jan.-April 48,40, per März-Juni 48,90.

Paris, 10. Dez. (Schluß.) Rohzucker rubig, 88 Proz. lofo ... 40,12 1/2, per Jan. 40,37 1/2, per Jan.-April 40,87 1/2.

Savre, 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Weimann Biegler ... 96,25, per Mai 94,25. Raum behauptet.

Amsterdam, 10. Dez. Banzanzinn 56 ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Amsterdam, 10. Dez. Zava-Kaffee good ordinary 56 1/2 ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Amsterdam, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen per März ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Amsterdam, 10. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf- ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Amsterdam, 10. Dez. (Telegr. der Herren Wilkens und ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Amsterdam, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen unbelebt. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

London, 10. Dez. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

London, 10. Dez. 96 pCt. Zavazucker lofo 16 1/2 rubig, Rüben- ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Baumwoll. (Anfangsbericht.) Nuth- ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle, ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Liverpool, 10. Dez. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. ... 171. Roggen p. März 128, p. Mai 123.

Newyork, 3. Dez. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren ... 75 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 86 000 Ballen.

Newyork, 10. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New- ... 5,50, do. Standard white in Philadelphia 5,50.

Newyork, 10. Dez. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipe line cer- ... 72 1/2, per Mai 78 1/2.

Chicago, 10. Dez. Weizen per Dezbr. 72 1/2, per Mai 78 1/2, ... 42 1/2, Speck short clear 8,62.

Newyork, 10. Dezbr. Weizen p. Dez. 77 1/2 C., p. Jan. ... 78 C.

Berlin, 11. Dez. Wetter: Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. Dez. Die heutige Börse verlief im wesentlichen ... in festerer Haltung. Die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Dez. An der heutigen Börse war das Geschäft in ... Weizen still bei um etwa 1/2 M. niedrigeren Preisen.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4 1/4 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden-österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Eisenbahn-Stamm-Priorität., Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.